An den Vorsitzenden des Ausschusses für
Schule, Bildung und Sport
des Rates der Stadt Rheinbach
Herrn Dietmar Danz

über Herrn Bürgermeister Stefan Raetz
- Rathaus -

per E-Mail

Rheinbach, den 19.11.2015

Antrag für die nächste Sitzung am 3. Dezember 2015

Konzept für Beschulung der Flüchtlingskinder

Sehr geehrter Herr Danz,

für die nächste Sitzung des Ausschusses für Schule, Bildung und Sport am Donnerstag,
den 3. Dezember 2015, stellt die SPD Fraktion folgenden Antrag:

**Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah eine umfassende Planung zur
Beschulung von Flüchtlingskindern in den Rheinbacher Schulen vorzulegen, die
vor allem auch perspektivisch alle Möglichkeiten und die damit einhergehenden
Folgen für die Schullandschaft in Rheinbach aufzeigt, sowie den möglichen
Bedarf für die kommenden zwei Jahre so weit wie möglich abschätzt.**

Begründung

Nach Artikel 8 Absatz 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen besteht
allgemeine Schulpflicht. Das gilt auch für zugewanderte Kinder. Sie haben ebenfalls ein
Recht auf Bildung, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Gleichzeitig gilt es, allen
Schülerinnen und Schüler, egal welcher Herkunft, ein Bildungsangebot zu machen, das
höchsten Qualitätsstandards genügt. Dies muss trotz der momentanen
Umbruchsituation der weiterführenden Schulen (Die Gesamtschule ist im Aufbau,

Hauptschule und Realschule laufen aus) sicher gestellt werden. Hierzu bedarf es einer gemeinsamen Kraftanstrengung aller Beteiligten.

Ziel muss es vor diesem Hintergrund sein, ein Konzept aufzustellen, das eine gleichmäßige und gerechte Verteilung der neuen Schülerinnen und Schüler entsprechend der Leistungsfähigkeit der einzelnen Schulen sicher stellt und den Schulen - so weit wie möglich - Planungssicherheit gibt. Wir unterstellen, dass es bereits entsprechende Überlegungen und Planungen seitens der Verwaltung gibt. Ebenfalls wissen wir, dass an Rheinbacher Schulen schon jetzt mit viel Einsatz daran gearbeitet wird, die neuen Schülerinnen und Schüler zu integrieren. Diese Bemühungen wollen wir weiter unterstützen.

Trotz bereits vorhandener Ansätze und Planungen halten wir es für angezeigt, die einzelnen Maßnahmen in ein Gesamtkonzept zu überführen und dieses politisch und damit öffentlich zu diskutieren. Keineswegs darf der Eindruck entstehen, dass die Verteilung der neuen Schülerinnen und Schüler ungerecht ist und einige Schulen stärker belastet sind als andere. Ein solcher Eindruck kann nur ausgeräumt werden, wenn im Rahmen eines Gesamtkonzeptes nach objektiven Kriterien über die Verteilung der Flüchtlingskinder entschieden wird. Ebenfalls darf in den Schulen nicht der Eindruck entstehen, dass sie hinsichtlich der Bewältigung der Aufgaben vom Schulträger allein gelassen bzw. nicht bedarfsgerecht ausgestattet werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Martina Koch
Fraktionsvorsitzende

gez. Folke große Deters
Ratsherr